

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag“ e. G. m. b. H.
Redaktion: Breslau 1, Mittelstr. 49/50. — Tel. Ring 8837.

Schlesische

Annoncen-Expedition: Breslau 2, Gottschalkstr. 18.
Telefon für Inserate: Ring Nr. 8120 und Dble Nr. 1159.

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6.—Mk. für den Monat.
Durch die Post: 0,10 Mk. für den Monat.
Postfach Nr. 28855 „Sozialistischer Verlag“, e. G. m. b. H., Breslau.
Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Zeilenzeile über deren Raum 0,60 Mk., darüber 0,90 Mk.
Stilles und Absonderliches, Familienanzeigen, Verträge und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk.
Werbung: Die Zeilenzeile, vertikal oder deren Raum, im Text 0.—Mk.

Das Weihnachtsgeschenk für die Arbeitslosen: Regeln! Manifest der V. K. P. D. (Schlesien.)

Wir klagen an!

Am Montag, den 27. Dezember, ließ die Breslauer Ortsgruppe der V. K. P. D. folgendes Flugblatt verbreiten:

Erwerbslose, Eisenbahner, Gemeindegewerkschafter, Beamte, Proletariat, Männer und Frauen! Die Pfaffen verhöhnen heute die Weihnacht; sie verhöhnen die unerlösten Schwächenden durch die Lüge, der Erlöser sei erstanden. Weihnacht ist es, doch nicht für Proletariatskinder — nur für die Reichen. All ihr hungernden Proletariat! Eure Lage wird sich nur bessern, wenn ihr zusammensteht wie ein Mann, die Arbeiter untereinander, die Arbeiter mit den Beamten, der eine für die Forderungen des andern. Nur wenn das Band der Solidarität Betriebsarbeiter und Arbeitslose umschlingt, kann die Technische Nothilfe, die Streikbrechergarde des Herrn Stadtrat Neukirch (S. P. D.), abgewehrt werden. Arbeitslose! Arbeiter! Beamte! Demonstriert zusammen Montag nachm. 3 Uhr auf dem Palaisplatz: Gegen die Technische Nothilfe, gegen den Bürgerrat, gegen die Auslieferung der Streikleitung der Gemeindegewerkschafter an den Staatsanwalt! Für eine menschenwürdige Erwerbslosen-Unterstützung! Für eine einmalige außerordentliche Weihnachtshilfe für die Erwerbslosen! Für die schwebenden Forderungen der Eisenbahner und Beamten. Waffen heraus! Demonstriert gegen den Weihnachtsschwindel der Bourgeoisie! Für die Erlösung des Proletariats aus der Lohnsklaverei durch die Enteignung der Produktionsmittel. Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, Sektion der III. Internationale, Ortsgruppe Breslau.

Das gab dem Polizei-Präsidenten vorgeblich Anlass zu seinen umfassenden militärischen Vorbereitungen. Selbst das „3 Uhr-Abendblatt“ der bürgerlichen „Breslauer Morgenzeitung“ gestand zu:

Schon lange vor Beginn waren alle Zugänge zum Ring durch grüne und blaue Polizei mit Sicherheitsposten stark besetzt.

Die Folgen solchen Vorgehens waren die Ermordung des Schlossers Emil Drescher, Neumarkt 19, und die Verwundung einiger Arbeiter durch Offiziere der hiesigen Sipo!

Der amtliche Polizeibericht bringt üble Verdrehungen über die Absichten der Kommunisten und die bürgerliche Journaille, von der „Tagespost“ bis zur „Volkswacht“, drückt das bereitwillig nach. Wir stellen hingegen fest:

1. Die V. K. P. D. hatte, wie aus dem Flugblatt jedem ersichtlich sein konnte, einzig und allein die Absicht, eine nach Artikel 123 der Reichsverfassung gewährleistete friedliche und unbewaffnete Demonstration zu unternehmen. Jede Unterstellung irgendwelcher anderen Absichten ist niederträchtiges Machwerk besoldeter Spitzel oder überspannter Phantasten unfähiger Polizeibeamter.
2. Der Polizeipräsident war auf Grund des in seiner Verfügung zitierten Artikels 123 der Reichsverfassung nicht im mindesten berechtigt, unsere Demonstration zu untersagen. Dieser Artikel lautet nämlich:

„Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Versammlungen unter freiem Himmel können durch Reichsgezet anmeldspflichtig gemacht und bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden.“

Wir fragen: Wo war die unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit? Wir erklären, daß diese erst durch die militärischen Vorbereitungen des Polizeipräsidenten heraufbeschworen wurde und daß ihn allein die zerschmetternde Verantwortung für das Blutergießen trifft.

3. Der Wortlaut der Verfügung ist so unklar gehalten, daß die Möglichkeit von Mißverständnissen in dieser heiklen Situation geradezu gegeben wurde. Sie lautet:
Der Polizeipräsident. Breslau, den 27. Dezember 1920.
Zgh.-Nr. K. J. N. 2785/20.

Der für heute Nachmittag beabsichtigte öffentliche Aufzug, der sich an die auf dem Schlossplatz anschließende öffentliche Versammlung der Erwerbslosen anschließen soll, wird hiermit gemäß Artikel 123 der Reichsverfassung wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

(Unterschrift) Lieberman.

Dem Polizeipräsidenten mußte unser Flugblatt bekannt sein, aus dem klar hervorgeht, daß nicht die Erwerbslosen, sondern die V. K. P. D. die Demonstration auf dem Schlossplatz einberufen hatte. Hat der Herr Polizeipräsident das Flugblatt nicht gelesen, so zeugt das von der Leichtfertigkeit, mit der er auf Grund von Spitzelberichten verhängnisvolle Maßnahmen traf.

4. Die oben zitierte Verfügung ist uns erst übergeben worden, nachdem unser beauftragter Sprecher seine Rede beendet, der Zug sich bereits ordentlich formiert und in Bewegung gesetzt hatte. Bereits vor der Rede unseres Genossen Klein war Herr Loh von der politischen Polizei mit seinen Beamten erschienen. Dieser Herr Loh hat vor der Rede mit unseren Genossen Ziegler, Klein, Schuster und Wilms gesprochen und nicht mit einem Worte des Verbots (das er bei sich trug!) Erwähnung getan. Hätte Herr Loh wirklich den Auftrag und die Absicht gehabt, nur für die Aufrechterhaltung der Sicherheit zu sorgen, so hätte er uns das Schreiben des Polizeipräsidenten zu einer Zeit übergeben, zu der unser Sprecher, Genosse Klein, noch in der Lage war, den Versammelten von dem Inhalt der Verfügung Mitteilung zu machen!
5. Noch während im Kreise des Aktionsausschusses das Verbot verlesen wurde (also zwei Minuten nach der Uebergabe durch den Beamten!), drangen die Sicherheitsmannschaften auf die Arbeiter ein und versuchten die Erwerbslosen auseinanderzutreiben. Dabei mußte es natürlich zu Reibereien kommen.
- Als dies die verantwortlichen Genossen der V. K. P. D. sahen, drangen sie sich sofort durch die Menge Bahn und stellten sich zwischen Sicherheitsmannschaften und Arbeiter, um sie voneinander zu trennen.
6. Die Sicherheitsmannschaften wurden von Hauptmann Vandelei kommandiert. An ihn wandten sich unsere Genossen Ziegler, Klein und Wilms mit dem Ersuchen, die Truppe bis an die nächste Straßenecke zurückzuführen, sie verpflichteten sich, die Maßnahmen dazu zu benutzen, die

Arbeiter zu ruhigem Auseinandergehen zu bewegen. Der Hauptmann war vollkommen verwirrt und der Situation absolut nicht gewachsen. Schließlich lehnte er das Ersuchen ab. Im gleichen Augenblick fielen die Schüsse.

7. Soweit wir feststellen konnten, haben die Sicherheitsmannschaften in die Luft, die Offiziere hingegen mit ihren Revolvern in die Menge geschossen. Die Untersuchung der Verletzungen wird unsere Behauptung bestätigen.
8. Von vielen Augenzeugen wurde uns mitgeteilt, daß eine Anzahl Sicherheitsmannschaften ihre Waffen unseren Genossen aufzudrängen suchte. Sie gaben vor, auf Arbeiter nicht schießen zu wollen. Unsere Genossen erkannten das als Provokation, die ihren friedlichen Absichten widersprach und wiesen das heuchlerische Anerkennen zurück.

Aus alledem geht hervor, daß eine merkwürdige Verletzung von „Zufällen“ sämtliche Organe der Behörden veranlaßte, das gerade Gegenteil von dem zu unternehmen, was zur Aufrechterhaltung der Sicherheit notwendig war. Dies zeigt entweder von einer bodenlosen Unfähigkeit und Leichtfertigkeit der in Betracht kommenden Behörden und Personen oder aber, und das ist das Wahrscheinliche, von der planmäßigen Durchführung eines Anschlages gegen die Demonstranten vom 27. Dezember. Es geht auch daraus hervor, daß sämtliche Funktionäre der kommunistischen Partei mit dem größten Verantwortungsbewußtsein unter beispielloser Aufopferung bemüht waren, die Arbeiterschaft durch Abwendung von Unbesonnenheiten zu schützen. Mit Entrüstung über das beispiellose Vorgehen verlangen wir:

1. die sofortige Amtsenthebung und Strafverfolgung des Polizeipräsidenten,
2. die sofortige Amtsenthebung und Strafverfolgung des Kriminalkommissars Loh,
3. die sofortige Amtsenthebung des Hauptmanns der Sicherheitspolizei Vandelei,
4. die sofortige Ermittlung, Amtsenthebung und Strafverfolgung der Offiziere, die durch ihre Schüsse die Tötung und Verwundung von Arbeitern hervorgerufen haben,
5. die sofortige Aufhebung sämtlicher Haftbefehle, namentlich gegen Genossen Klein,
6. die öffentliche Zurücknahme der verleumderischen Darstellung über die Vorgänge am 27. Dezember auf dem Schlossplatz.

Eher können und werden wir nicht ruhen.

Wir appellieren an die Klassenbewußten Arbeiter in allen Betrieben Breslaus, sich diese Forderungen zu eigen zu machen und falls sie nicht binnen kurzem erfüllt sind, durch allgemeine Arbeitsniederlegung scharfsten Nachdruck zu verleihen.

Die Bezirksleitung der V. K. P. D. (Schlesien).

Der Landtagsabgeordnete Genosse Ziegler wird in der nächsten Sitzung der Preussischen Landesversammlung eine dringende Interpellation über das an der Breslauer Arbeiterschaft verübte Verbrechen einbringen.

Offener Brief an den Breslauer Polizeipräsidenten.

Herr Präsident!

Sie haben in eine von uns Kommunisten, als von einer politischen Partei einberufene und geleitete Demonstration für die Opfer des wirtschaftlichen und politischen Wahnsinns der Gegenwart eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit im Sinne des Artikels 123 der Verfassung hineingesetzt. Es ist unmöglich, über die Haltbarkeit Ihrer Auffassung vom Inhalt dieses Artikels hier zu verhandeln und es ist selbstverständlich, daß man die Exekutivorgane jubelnd zu decken wissen wird, wenn es sich darum handelt, die Verfassung als das zu benutzen, was sie auf Grund der (zurzeit) bestehenden Machtverhältnisse ist, nämlich als Schutzinstitution für die Inter-

essen der Besitzenden. Das Ihnen vorliegende offizielle Material rechtfertigt natürlich in keiner Weise die Annahme des Tatbestands des Artikels 123, und was etwa weiterhin vorhandenes Material anlangt, so braucht man in Schlesien über die Wertigkeit der Agentenaussagen keine öffentlichen Belehrungen zu erteilen.

Sie haben in Ihrer Eigenschaft als Beamter, der dafür angestellt und bezahlt ist, die öffentliche Sicherheit zu schützen, Maßnahmen getroffen, von denen jeder mit halbwegs funktionierendem Hirn ausgerüsteter Durchschnittsmensch annehmen mußte, daß sie das gerade Gegenteil von dem erzielen müßten, was sie bezweckten.

Ich habe in meiner Eigenschaft als Vertreter der Inter-

essen einer breiten Volksschicht die Pflicht, darüber zu wachen, daß Sie Ihre Funktionen auch für diese, also wirklich für die Gesamtheit des Volkes und nicht etwa gegen eine oder einzelne Schichten ausüben.

Da wir andere Mittel zurzeit noch nicht zur Verfügung stehen, muß ich öffentlich meine Bedenken und meine Angriffe gegen Ihre Dienstausführung vorbringen.

Ich will Ihnen hier nicht den Mangel an Befähigung für Ihr Amt, nicht die Verkennung der rechtlichen Natur Ihrer Maßnahmen, nicht Ihre Leichtfertigkeit in der Anwendung des Ihnen unterstellten Apparates vorwerfen, sondern einzig und allein das Blut der Unschuldigen, das Blut der armen Gehegen, das Sie vergießen ließen.

Arbeitslose! Merkt Euch das Benehmen des Bürgermeisters, der Gewerkschaften und des Arbeitslosenrats.

Genosse Lober wurde auf dem Plächerplatz wegen einer angeblichen „staatsfeindlichen Äußerung“ von einer Sipo-Patrouille verhaftet. Man ließ ihn später wieder frei, nahm ihm aber Mitgliedschaft, Programme, Zeitungen des Internationalen Bundes ab. Diese Frechheit reißt sich würdig an das Verhalten des Sipo-Offiziers auf dem Palaisplatz.

Sipo-Beamte, eilet Euch nicht vor Euren Offizieren!

„Uebertretung“, „Vertrufung.“

(Fortsetzung.)

II.

D. Li. In den letzten Monaten hat in Deutschland (wie im Auslande) die Konzentration des Kapitals ungeheure Fortschritte gemacht (der Prozeß dauert ungehemmt an). Die ökonomische Zentralisation (durch die Akkumulation des Kapitals — Umwandlung vom Mehrwert in Kapital) liegt ja durchaus im Wesen des Kapitalismus. Das größere Unternehmen (das „stärkere“ Kapital) saugt das kleinere (das „schwächere“ Kapital) auf; so ist es bei der Industrie, bei den Banken, beim Handel. Die Zersplitterung im Besitz der Produktionsmittel wird mehr und mehr beschränkt, die Wirtschaft konzentriert sich immer mehr in der Hand weniger Privatbesitzer, Großkapitalisten. Die Trustbildung ist das Zeichen der Zeit. Aber nicht allein (wie früher überwiegend) nur die Zusammenfassung gleicher Wirtschaftskörper (Grube zu Grube, Stahlwerk zu Stahlwerk, Brauerei zu Brauerei), eine Zentralisation von Werken gleicher Art, die sogenannte horizontale Zusammenfassung, sondern (in sehr starkem Maße) die Vereinigung von Wirtschaftskörpern verschiedener Produktionszweige in einer Hand, die Zusammenfassung der Rohstoffindustrie und der Fertigungsindustrie, die sogenannte vertikale Zentralisation: vom Bergwerk bis zum feinsten Fertigfabrikat (wobei beim Aufbauprozess die links liegen gelassenen Werke untergehen — Proletarier brotlos werden). Ueber schon die Syndikate eine nicht zu knappe ökonomische Diktatur des Kapitals aus (die selbstverständlich ihre politischen Ausdrücke hat), so die Trusts noch viel mehr; der Höhepunkt aber ist mit dem „Vertikal“-Trust erreicht. Die Produktion von Anfang bis zum Ende liegt im Besitz des „Vertikal“-Trusts; er säckelt den Profit ganz allein, er ist unabhängig von Vorder- und Hintertreibern, er bestimmt und prägt die Produktion, leitet schließlich den Betrieb selbst; er ist der tatsächliche Herrscher des Volkes, der moderne Kaiser. Es gibt keine Konkurrenz mehr, es herrscht das kapitalistische Monopol, das Diktat des Trusts: in den Warenpreisen, in der Produktion überhaupt, im Verhältnis zu den Arbeitnehmern, den Lohnsklaven, Arbeitern, Angestellten, den Proletariern! Zu den Trustkaisern, also den eigentlichen Machthabern in Deutschland, gehört vor allen Dingen Herr Hugo Stinnes, andere sind Klockner, Funke, Stumm, Krupp. — Der bekannte Wirtschafts-Wissenschaftler und Kommunist Dr. Alfons Goldschmidt schreibt in einem Artikel in der „Räte-Zeitung“ mit der Ueberschrift „Volksgewil Sinnlos“ über die Vertrufung u. a. wie folgt:

Die Konzentration in der deutschen Wirtschaft ist der organisatorische Ersatz aller der Weltmarktverluste, die Deutschland infolge seiner Niederlage erlitten hat.

Während noch immer allerlei Sozialisierungsvorschläge gemacht werden, folgt die Wirtschaft schon jenem Zwange und organisiert sich weit über dem Rahmen der Vorschläge von Sozialisierungskommissionen, Reichswirtschaftsräten u. dgl. Unzulänglichkeiten hinaus. Das ist

* Siehe „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 169 und 170.

Millionen sind in Hunger und Elend gestürzt, und man versucht mit allen zu Gebote stehenden Mitteln jede, aber auch jede Bänderung und Erleichterung durch Gebrauch gewählter staatsbürgerlicher Rechte unmöglich zu machen. Und Sie, Herr Präsident, versuchen, denen, die um Brot und Wärme schreien, die um ihr nacktes, armseliges Leben, um ihre hungernden und verderbenden Kinder ihre Stimmen erheben — den Mund mit Kugeln zu schließen!

Wir, die wir im Dienste der Menschlichkeit weit wesentlichere und umfassendere Aufgaben zu lösen haben, wir wissen, daß kein Klagen hilft: Wir klagen an!

Einer würdelosen, verächtlichen, bis in ihre Instinkte hinein verderbten Gesellschaft ihre „Ordnung“ zu schenken, mag kein beneidenswertes Amt sein, aber Ihre „Tat“ ging über den Rahmen des objektiven Notwendigen weit hinaus, Ihre „Tat“ ist Offenbarung jenes Büttelgeistes, den wir zertrümmern werden gegen alle Polizeipräsidenten der Welt.

Was wissen Sie vom Jammer und Elend der um den Ertrag ihrer Arbeit betrogenen Proletarier, was von der unsäglichen Geduld der Opfer einer bestialischen Epoche, was von der Opferkraft und dem Edelmuth all der Angezählten, die um eine bessere Menschheit kämpfen. Ihr Beruf verbietet es Ihnen, die Dinge zu sehen, die sind, zu sehen, warum sie so sind; denn im vollen Bewußtsein einer menschlichen Verantwortung wäre Ihnen die Ausübung Ihres Berufes in dieser Zeit unmöglich. Sie wissen nichts von all dieser leiblichen und geistigen Not, von all der Verkrüppelung und ihren Ursachen.

Tausende versammelten sich, um anklagend zu demonstrieren. Friedlich, ohne Waffen. Und Sie, Herr Präsident, lassen sie von Polizeibeamten zu Fuß und zu Pferde, mit Karabiner und Revolver buchstäblich umzingeln, um — die öffentliche Sicherheit zu schützen!

Diese Tat haben Sie zu rechtfertigen. Für das Material, das Sie zu Ihrer Urteilsbildung benötigen, haben Sie einzustehen, komme es nun von Beamten, Agenten oder Spitzeln. Sie haben die Durchführung Ihrer Anweisung zu verantworten, zu verantworten die Aufreizung der Massen durch den zwecklosen Einfluß der Schergen der Ausbeuter.

Wenn die Kommunisten nicht ihre ganze Autorität eingesetzt hätten, dann wäre mancher Ihrer Beamten ohne Waffen, aber mit einer gehörigen Tracht Prügel zu Bett gegangen. Man hätte nicht geschossen, denn der Prolet ist nicht blutrünstig, sogar nicht im Haß; aber namenloses Unheil wäre über eine Anzahl vom Hunger gehehrt und von Blut zermürhelter Menschen hereingebrochen, wenn die Kommunisten sich nicht mit den entgegengesetzten Mitteln eingesetzt hätten, wie Sie, Herr Präsident.

Wir wünschen zu wissen, aus welchen Gründen Sie die öffentliche Sicherheit gefährdet haben, wir wünschen zu wissen, wie Sie Ihre Anweisungen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit vor uns, den Angegriffenen, rechtfertigen können.

Das Blut, Blut von Menschen lastet auf Ihnen, Herr Präsident. Erich Kunit.

Aus der Rede des Genossen Klein.

(Gehalten auf dem Schloßplatz, den 27. 12. 20, vor der Uebertretung des Demonstrationsverbots.)

„... Arbeiter, wir sind umgeben von Sipo zu Pferde und zu Fuß. Alle Zugänge zum Platz hält sie mit starken Kräften besetzt. Was ist damit beabsichtigt? Eine Provokation der Demonstranten! (Schäufliches Grinsen des Kriminalkommissars Eß). Wir werden den Schergen der Bourgeoisie den Gefallen nicht erweisen; wir werden auf die Provokation nicht hineinfallen, sondern wir werden ruhig in geordnetem Zuge den aus den Betrieben zu uns strömenden Arbeitern entgegenmarschieren, um dann gemeinsam unsere Forderungen dem Magistrat zu überreichen. Eure bekannten Führer werden sich an die Spitze Eures Zuges stellen, sie werden Euch

mit ihren Leibern gegen jede Provokation decken und Ihr, Arbeiter, werdet ihren Anordnungen mit unbedingter Disziplin folgen...“

Doch selbst die größte Langmut und Zurückhaltung der Arbeiter hat nichts genügt. — Der Feind war entschlossen, ein Gemetzel anzurichten, und er tat es.

Aus dieser Rede, die von Verantwortlichkeitsgefühl und Liebe zum Proletariat bereitetes Zeugnis ablegt, will man „Landfriedensbruch“, „Aufreizung zum Klassenhaß“ und der Teufel wels sonst noch herleiten. — Das wird den Herren beim besten Willen nicht gelingen. Mußte doch selbst Herr Eß, der sich durch die Verachtung, die ihm Gen. Klein zeigte, persönlich beleidigt fühlte, zugestehen, daß er in dieser Rede eine Aufreizung nicht erblicken könne. Die ganze Rede war also umsonst, und die Arbeiter konnten wieder einmal sehen, auf welcher Seite die Männer und auf welcher die Schmutzfinfen stehen.

Parteigenossen!

Eine unserer schärfsten Waffen im Kampfe gegen den Gegner und zur Aufklärung des Proletariats ist unsere Presse. Sie zu einer wirkungsvollen Waffe zu machen, ist die Pflicht aller Parteigenossen. Um dieser Pflicht zu genügen, ist es notwendig, daß sofort in eine rege Agitation für das Organ der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der dritten Internationale) für die Provinz Schlesien, die

„Schlesische Arbeiter-Zeitung“

eingetreten wird. Genossen! Beginnt sofort mit dieser Arbeit! Es müssen die letzten Tage des Dezembers ausgenutzt werden, um die Anlagensätze zum 1. Januar gewaltig zu steigern. Es ist sofort mit der Hausagitation zu beginnen. Wenn jeder seine Pflicht tut, wenn jeder nur einen neuen Abonnenten gewinnt, so bedeutet das einen Fortschritt.

Es muß dies möglich sein. Wir schlagen Euch folgende Wege vor: Die Hausagitation von Tür zu Tür, die Agitation im Betrieb, im Freundes- und Bekanntenkreise, in jeder Betriebs-, Gewerkschafts- und öffentlichen Versammlung! Jeder rüste sich mit einer Liste aus, ziele den Monatsbetrag von 6.10 Mk. für Januar ein und melde die neuen Abonnenten bei der Post an, damit die Belieferung pünktlich am 1. Januar beginnen kann. Aus frisch aus Werk!

Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
(Sektion der dritten Internationale)
Breslau, Schlesien.

Den Arbeitslosen zur Kenntnis!

Der Oberbürgermeister Wagner, von den Mehrheitsräten wegen seines „sozialen Verständnisses“ stets hoch gerühmt, erklärte, dem amtlichen Pressebericht zufolge, daß er unter keinen Umständen eine Abordnung, die nicht vom Erwerbslosenrat an ihn bevollmächtigt sei, zu empfangen gewillt wäre.

Der Erwerbslosenrat und die Gewerkschaften aber erklärten, daß sie gegen die von R. P. D. einberufenen Versammlung seien. Herr Schley, der Summimann, war dann auch auf dem Schloßplatz erschienen, um zu bremsen.

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.

Von Friedrich Engels.

(Fortsetzung.)

An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht „abgeschafft“, er stirbt ab. Hieran ist die Phase vom „freien Volkstaat“ zu messen, also sowohl nach ihrer zeitweiligen agitatorischen Berechtigung, wie nach ihrer endgültigen wissenschaftlichen Unzulänglichkeit; hieran ebenfalls die Forderung der sogenannten Anarchisten, der Staat solle von heute auf morgen abgeschafft werden.

Die Befreiung der sämtlichen Produktionsmittel durch die Gesellschaft hat, seit dem geschichtlichen Auftreten der kapitalistischen Produktionsweise, einzelnen mit ganzen Sektoren stets mehr oder weniger unklar als Zukunftsideal vorgeschwebt. Aber sie konnte erst möglich, erst geschichtliche Notwendigkeit werden, als die tatsächlichen Bedingungen ihrer Durchführung vorhanden waren. Sie, wie jeder andere gesellschaftliche Fortschritt, wird ausführbar nicht durch die gemeinsame Einsicht, daß das Diktat der Gerechtigkeit, der Gleichheit usw. widerspricht, nicht durch den bloßen Willen, diese Klassen abzuheben, sondern durch gewisse neue ökonomische Bedingungen. Die Spaltung der Gesellschaft in eine ausbeutende und eine ausgebeutete, eine herrschende und eine unterdrückte Klasse war die notwendige Folge der früheren geringen Entwicklung der Produktion. Solange die gesellschaftliche Gesamtarbeit nur einen Ertrag lieferte, der das zur notwendigen Existenz aller erforderliche nur um wenig übertrug, solange also die Arbeit alle oder fast alle Zeit der großen Mehrzahl der Gesellschaftsmitglieder in Anspruch nahm, solange teilte sich diese Gesellschaft notwendig in Klassen. Arbeit der ausschließlich der Arbeit fähigen großen Mehrheit bildet sich eine von direkt-produktiver Arbeit befreite

Klasse, die die gemeinsamen Angelegenheiten der Gesellschaft beorgt: Arbeitsleistung, Staatsgeschäfte, Justiz, Wissenschaften, Künste usw. Es ist also das Gesetz der Arbeitsteilung, das der Klassenteilung zugrunde liegt. Aber das hindert nicht, daß diese Einteilung in Klassen nicht durch Gewalt und Raub, Miß und Betrug durchgeführt worden und daß die herrschende Klasse, einmal im Sattel, nie verfehlt hat, ihre Herrschaft auf Kosten der arbeitenden Klasse zu befestigen und die gesellschaftliche Leistung umzuwandeln in gesteigerte Ausbeutung der Massen.

Aber wenn hiernach die Einteilung in Klassen eine gewisse geschichtliche Berechtigung hat, so hat sie eine solche doch nur für einen gegebenen Zeitraum, für gegebene gesellschaftliche Bedingungen. Sie gründete sich auf die Unzulänglichkeit der Produktion: sie wird weggeführt werden durch die volle Entfaltung der modernen Produktivkräfte. Und in der Tat hat die Abschaffung der gesellschaftlichen Klassen zur Voraussetzung einen geschichtlichen Entwicklungsgrad, auf dem das Bestehen nicht bloß dieser oder jener bestimmten herrschenden Klasse, sondern einer herrschenden Klasse überhaupt, also des Klassenunterschiedes selbst, ein Anachronismus geworden, veraltet ist. Sie hat also zur Voraussetzung einen Entwicklungsgrad der Produktion, auf dem die Aneignung der Produktionsmittel und Produkte, und damit der politischen Herrschaft des Monopols der Bildung und der geistigen Leistung durch eine besondere Gesellschaftsklasse nicht nur überflüssig, sondern auch schmerzhaft, politisch und intellektuell ein Hindernis der Entwicklung geworden ist. Dieser Punkt ist jetzt erreicht. In der politischen und intellektuellen Bankrot der Bourgeoisie ihr selbst kann nach ein Scheitern, so wiederholt sich ihr ökonomischer Bankrott regelmäßig alle zehn Jahre. In jeder Krise erkräftigt die Gesellschaft unter der Wucht ihrer eigenen, für sie unvermeidbaren Produktivkräfte und Produkte, und sieht sich gezwungen vor dem schmerzhaften Widerstand, daß die Produzenten nicht zu konsumieren haben, weil es an Konsumenten

fehlt. Die Expansionskraft der Produktionsmittel sprengt die Bande, die die kapitalistische Produktionsweise ihr angelegt. Ihre Befreiung aus diesen Banden ist die einzige Vorbedingung einer ununterbrochenen, stets rascher fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte und damit einer praktisch schrankenlosen Steigerung der Produktion selbst. Damit nicht genug. Die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel beseitigt nicht nur die jetzt bestehende künstliche Hemmung der Produktion, sondern auch die positive Vergeudung und Verheerung von Produktivkräften und Produkten, die gegenwärtig die unermessliche Degeneration der Produktion ist und ihren Höhepunkt in den Krisen erreicht. Sie setzt ferner eine Klasse von Produktionsmitteln und Produkten für die Gesamtheit frei durch Befreiung der blödsinnigen Luxusverschwendung der jetzt herrschenden Klassen und ihrer politischen Repräsentanten. Die Möglichkeit, vermittels der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsmitgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständige freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert, diese Möglichkeit ist jetzt zum ersten Male da, aber sie ist da.“ (Schluß folgt.)

* Ein paar Zahlen mögen eine annähernde Vorstellung geben von der enormen Expansionskraft der modernen Produktionsmittel, selbst unter dem kapitalistischen Druck. Nach der Berechnung von Stiffen betrug der Gesamtverbrauch von Großbritannien und Irland in runder Zahl

1814	—	2900 Millionen Pf. St.	—	44 Milliarden Mark
1865	—	6100	—	122
1875	—	8500	—	170

Was die Verheerung von Produktionsmitteln und Produkten in den Krisen betrifft, so wurde auf dem 2. Kongress deutscher Industrieller, Berlin, 21. Februar 1878, der Gesamtverlust aller der deutschen Eisenindustrie im letzten Jahr auf 455 Millionen Mark berechnet.

Der Sinn nicht nur der Interessengemeinschaften- und Funktionen, die besonders in den letzten Monaten abgeschlossen wurden, sondern speziell auch der Rhein-Elbe-Union, die den Kern einer Gesamtorganisation der deutschen Wirtschaft bildet.

Mit seiner ungeheuren Eigenkraft macht dieser Trust schon heute die Verwirklichung jener Sozialisierungspläne fraglich oder gar zunichte. Er beginnt eine zwangsläufige Diktatur, der sich später nicht nur große verwandte Konzerne unterwerfen müssen, sondern auch die Banken, eine Diktatur, die so mächtig werden kann, daß sie alle anderen Betriebe und Unternehmungen direkt oder indirekt an sich heranfaßt.

Der kapitalistische Trust, den Stinnes anstrebt, ist ein geldwirtschaftlicher Trust, d. h. sein Ziel ist die Sicherung der kapitalistischen Rente. Kann diese Rente durch eine geringe Produktion gesichert werden, so hat der Trust gar kein Interesse, die Produktion zu steigern.

Ferner arbeitet der kapitalistische Trust nicht auf Qualitätssteigerung, sondern auf Qualitätsminderung. Er ist ein Wall gegen den technischen Fortschritt. Sobald er monopolartig ein Teilgebiet oder ein Gesamtgebiet beherrscht, hört das Interesse an der Qualitätsförderung auf.

Dazu gehört auch die Nichtberücksichtigung neuer Produktionsmethoden, die Nichtberücksichtigung natürlicher, noch unausgeschlossener Reichtümer. Der kapitalistische Trust läßt dem Erfinder, macht ihn zum Angestellten und läßt natürliche Reichtümer liegen, wenn sie, geldwirtschaftlich betrachtet, nicht notwendig sind.

Der kapitalistische Trust wird daher viel schwerfälliger bei der Stilllegung oder Neuerrichtung von Betrieben, bei der Zusammenlegung, Erweiterung und Abzweigung des Verkehrsnetzes verfahren, als der sozialistische Trust. Er wird das Stinnesche Ideal der ökonomischen Provinzierung nur ganz langsam erreichen.

Die gewaltige Ausdehnung der Stinneschen Geschäfte wird erhellt aus einem Prozeß, den Herr Stinnes wegen Kontraktverletzung gegen seinen Beauftragten in Amerika führt. Danach ist dieser, ein Mr. Miller aus England, im Jahre 1919 von Stinnes engagiert worden, um Abschlüsse auf amerikanische Kohle, Metalle, Rohstoffe für Schiffsbau usw. zu tätigen.

Der R-Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ schreibt aus New York: „Immer mehr Detailgeschäfte gehen in den Besitz kapitalistischer Gesellschaften über, die das Kleinverkaufswesen nach regelrechten Trustrezepten einrichten.“

Internationale.

Die internationale Reaktion.

Wie der „Denker“ meldet, beträgt die Zahl der im Prager Strafgericht internierten Kommunisten derzeit 730 Personen. Es ist gewiß, daß ein Teil wieder auf freien Fuß gelassen wird, doch wird der Großteil längere Zeit in Haft bleiben, da die Voruntersuchung recht lange dauern wird.

Das „Rube Bravo“, das wiederum der Konfiskation verfallen, beklagt sich in der zweiten Auflage über die behördliche Verfolgung der kommunistischen Partei und dagegen, daß der Aktionsausschuß, der aus dem Volkshaus in das Strikshaus „U Bajka“ übersiedeln mußte, auch von hier durch die Polizei verjagt wurde.

Ein neues Streikverbot für die Eisenbahner.

Am Mittwoch begannen, wie gemeldet wird, in Berlin die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Eisenbahner-Organisationen über die Forderungen der Eisenbahner.

Vorher hat sich der Reichsverkehrsminister, der General Groener, eine neue Freiheit gegen die Eisenbahner geleistet. Er hat sein Streikverbot vom 17. Dezember neu aufgemärrt. In dem neuen Erlaß an die Eisenbahndirektionen für die in der Lohnbewegung stehenden Eisenbahner hieß es u. a.:

Der klare und feste Standpunkt der Regierung zur Frage des Beamtenstreiks sei von den Präsidenten der Direktionen mit allem Nachdruck zu vertreten und dazu gäbe der Reichsverkehrsminister folgende Richtlinien:

- 1. Mit den Beamtenpflichten sei eine Streiktreibereitfähigkeit inner- und außerhalb des Dienstes unvereinbar.
2. Die Streikagitation innerhalb der Dienststunden und der Diensträume sei unzulässig und Anschläge auf Eisenbahngelände, die zum Streik auffordern, seien zu verhindern, ebenso die Verteilung von Druckschriften zum Zwecke der Streikagitation.
3. Es soll alles getan werden zur Bekämpfung des Streikfeuers unter der Beamtenschaft durch Aufklärung über die schweren Folgen für die gesamte Beamtenschaft, für ihre Stellung im Staate und für die politische und wirtschaftliche Entwicklung überhaupt.
4. Die Reichsregierung und das Parlament hätten bisher die Not der Beamten durch die im Dezember getroffenen Maßnahmen anerkannt und würden auch weiterhin auf eine Milderung dieser Kollage hinwirken. Dem stände jedoch die unbefohlene, fortgesetzte Streikdrohung entgegen.

Diese Scharfmacherfrechheit, dieser Verfassungsbruch (in Deutschland gibt es nur Verfassungsbrüche) hat selbstverständlich unter den Eisenbahnern große Aufregung verursacht. Die Spannung ist sehr groß. Die Eisenbahner werden jetzt um so eher erkennen, daß sie die Diktatur des Kapitals (Groener als Beauftragter) nur durch schärfsten Kampf brechen können. Eisenbahner, Arbeiter, Beamte, zur Tat!

Der Deutsche Beamtenbund — der Kettenhund der Bourgeoisie.

Meldung: Zur Urabstimmung der Eisenbahner hat der Deutsche Beamtenbund es für seine vaterländische Pflicht gehalten, gegen die Nichterfüllung der berechtigten Forderungen zu protestieren, von der Anwendung irgendwelcher Druckmittel auf die Regierung bei der augenblicklich verzweifeltsten Lage unseres Staates aber abzusehen. An alle Beamten, die es mit ihrer Familie und dem Staat wohl meinen, richtet er die dringende Mahnung, sich an der Urabstimmung zu beteiligen und ihre Stimme gegen den Streik abzugeben. (!)

Damit enthüllt sich die Bürokratie des Deutschen Beamtensbundes immer mehr — als Kettenhund der Bourgeoisie. Sie protestiert, aber sie sabotiert Handlungen zur Erreichung des Zieles — eher dürfen die Beamten verreden.

Beamte des Deutschen Beamtensbundes! Werft eure verräterischen Bürokraten, die nicht eure, sondern die Interessen der Kapitalisten vertreten, aus euren Reihen.

Die Forderungen der Postbeamten.

Die in der Reichspostgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten vereinigten Verbände mit über 200 000 Mitgliedern stellten sich, wie aus Berlin gemeldet wird, in Bezug auf die Erhöhung des Feuerungszuschlags auf den Boden der Forderungen des Deutschen Beamtensbundes. Die Forderungen gehen dahin: Erhöhung des Feuerungszuschlages von 50 Prozent auf 75 Prozent, Festlegung eines Mindeststeuerzuschlages und zwar für die Dreiklasse A von 7000 Mark.

von geheimen Beratungen der Rechten mit den tschechischen bürgerlichen Parteien. Wir können nicht politisch schreiben, da jedes offene Wort unterdrückt wird, aber das können wir erklären, daß sich alle irren, welche der Meinung sind, uns mit Gewalt unterdrücken zu wollen.

Georgien.

„Branda“ meldet aus Tiflis: Der Regierungsvorleiter für das Datumidistrikt Georgabze erklärte einem Redakteur des „Scho“ von Batum gegenüber: Unsere nächste Aufgabe ist, die Stadt und das Distrikt von den schädlichen Elementen, den aktiven Wesschewiten und ihren Agenten zu säubern. Die Fremdschaftsverfängerungen der Kommissen Georgien gegenüber dürfen nicht ernst genommen werden. — Georgien, das menschenschwermische Paradies, ist bekanntlich das Ideal Kantists.

Finnland.

(Hofa Wien). Laut Bericht des finnländischen Gefängnisdirektors beträgt die Zahl der Häftlinge im Lande gegen 7000 Personen, darunter 1600, die wegen Teilnahme am Aufstande inhaftiert sind. Das Jahresbudget der Gefängnisverwaltung beträgt 47 Millionen Mark.

Kommunistische Mehrheit in Frankreich.

Am 25. Dezember hat der Kongreß der französischen sozialistischen Partei in Tours begonnen. Bereits die erste Geschäftsordnungsabstimmung zeigte eine überwältigende

Die Forderungen der revolutionären Bergarbeiter im Ruhrgebiet.

Im Ruhrgebiet haben die revolutionären Bergarbeiter folgende Forderungen gestellt:

- 1. Gegenüber der von den Grubeneffektoren geforderten Achtstundenschicht wird die Einführung des Sechsstunden-tages unter Anwendung des Dreiförderungs-Schichtensystems verlangt.
2. Jede Kohlenpreiserhöhung wird mit allgemeiner Arbeitsniederlegung aller im Kohlenbergbau beschäftigten Arbeiter beantwortet; im Gegensatz zu der Forderung der Kohlenpreiserhöhung verlangen die Bergarbeiter das absolute Mitbestimmungsrecht bei der Preisbildung in der Brennstoffwirtschaft.
3. Die Arbeiter verlangen eine sofortige Rentabilitätsprüfung aller Zechen durch Sachverständige und von den Arbeitern für jede Zechen selbstgewählte Vertrauensleute.
4. Die von den sächsischen Bergarbeitern geforderte Lohnserhöhung ist restlos zu bewilligen.
5. Als Demonstration für den ersten Willen der Arbeiterschaft zur Durchführung der unter Ziffer 1 bis 4 aufgestellten Forderungen wird bis auf weiteres das Verfahren jedweder Uebersichten eingestellt.

Wie aus Halle berichtet wird, fand dort eine Konferenz der Vertrauensleute sämtlicher im Braunkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter für Mitteldeutschland statt. In einer Entschließung an die in Betracht kommenden Ministerien wurde einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß der Streik für ganz Mitteldeutschland proklamiert werde, wenn die eingereichten Forderungen bis zum 15. Februar keine Erledigung finden.

Dragesch-Kanonen.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Bielefeld: „In der benachbarten Kreisstadt Bielebrück wurden in den Fabrikräumen der Firma Franz Gröne vier vollständige Geschütze (Kaliber 7,5, aus dem Jahre 1918, mit Proben) gefunden, von der staatlichen Polizei Bielefeld beschlagnahmt und nach Bielefeld gebracht. Da die Geschützrohre den Buchstaben „L“ tragen, so vermutet man, daß die Geschütze von dem Freikorps Ditschlag stammen. Gröne behauptet auch, die Geschütze seien im April oder Anfang Mai von einem Offizier der Reichswehr bei ihm eingekauft worden. Er will deshalb der Ansicht gewesen sein, daß er zur Anmeldung bzw. Ablieferung der Geschütze nicht berechtigt gewesen sei, sondern daß dies die Aufgabe der Reichswehr wäre. Munition wurde bisher nicht gefunden, doch werden die Nachforschungen fortgesetzt.“

Dieser Geschütze auf einem Gut! Auf tausend anderen, die nicht abgesehen werden, insgesamt soviel, daß einige Armeekorps ausgerüstet werden können. Das ist die harmlose Dragesch, von der Herr Simons in seiner neuesten Note so hübsche Märchen zu erzählen weiß.

Des Spießers Weihnachtsfreude.

Man muß sagen, daß die bürgerliche Presse wenig erfindereich ist. Seit nunmehr drei Jahren kennt sie kein anderes Mittel ihre Leser zu erfreuen, als den periodisch wiederkehrenden „bevorstehenden Sturz“ der Sowjetregierung. So ist gegenwärtig die Presse wieder voll Meldungen, die wir so oft schon gelesen, so oft schon als plumpe Schwindel erkannt haben. „Die Sowjetregierung flieht nach Petrograd“, „Spaltung innerhalb der Sowjetregierung“ erzählt man zum hundertsten Male.

Wie stets aber, haben auch diese Meldungen einen ernsthaften Hintergrund. Der aber liegt nicht in Moskau und auch nicht in Petersburg, er liegt in der europäischen Börsenspekulation. Nach dem Zusammenbruch Wrangels, durch die die Eintreibung Sowjetrußlands durch die internationale Konterrevolution zunächst gesperrt ist, fühlen die Herren Spekulanten in russischen Werten ein starkes Bedürfnis, die bei ihnen angekauften Zarenrubel loszuwerden. Die Nachrichten haben offenbar den Zweck, eine gute Verkaufskonjunktur hierfür zu schaffen. Hinter dem sogenannten „Sturz“ der Sowjetrepublik stehen also ihre eigenen Erfolge.

kommunistische Mehrheit. Mit 2898 gegen 1223 Stimmen wurde beschlossen, die Tagesordnung abzuändern, daß der Beitritt zur kommunistischen Internationale als erster Punkt behandelt wird.

Die Pariser Gewerkschaftskommission in der Hand der Kommunisten!

In der „Vereinigung der Gewerkschaften des Seine-Departementes“ hat der alte Vorstand sein Amt niedergelegt. Bei der Neuwahl wurden nur Kommunisten gewählt, darunter Roumouffean, der sich zurzeit wegen angeblicher Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates im Gefängnis befindet.

Monarchistische Staatsstreikpläne auch in Frankreich.

Wie dem „Daily Herald“ aus Paris gemeldet wird, verfolgen die französischen Republikaner und Sozialisten mit Aufmerksamkeit die zunehmende Tätigkeit der Monarchisten. Man behauptet, daß zwei Mitglieder der gegenwärtigen französischen Regierung auf monarchistischem Boden stehen. Die kürzliche Abstimmung des Parlaments zugunsten der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit dem Papst bedeutet eine siegreiche Kraftprobe der monarchistischen und kirchlichen Partei. Der rechtssozialistische Abgeordnete Boncour behauptet in der Zeitschrift „Floreal“ direkt, daß ein monarchistischer Staatsstreik in Vorbereitung ist.

bei dem auch die farbigen Truppen eine Rolle spielen sollen. Als Kandidat für den Thron Frankreichs käme entweder der Herzog von Orleans in Frage oder irgend jemand anders, der die Rolle eines Bonaparte spielen will.

Vom Klassenkampf in Japan.

Trotz aller Verfolgungen nimmt das Klassenbewusstsein der japanischen Proletariat ständig zu. So sind augenblicklich die japanischen Seeleute dabei, ihre 48 kleinen Organisationen zu einer großen Einheitsgewerkschaft zusammenzuschließen, um so den Kampf gegen das Unternehmertum besser führen zu können. Die Angst der japanischen Regierung vor dem Aufstand treibt erstaunliche Blüten. So wurde kürzlich der Professor Morita von der Universität Tokio zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in einem Zeitschriftenaufsatz über die „Sozialen Gedanken von Kropotkin“ angeblich gefährliche sozialistische Ideen verbreitet haben soll. — Der betreffende japanische Staatsanwalt gehörte eigentlich nach München, um dort Herrn von Kahr bei der Kommunisten-jagd beizustehen.

Die revolutionäre Bewegung in Indien.

Wie „Temps“ aus London meldet, gewinnt die von Ghandi geleitete Protestbewegung in Indien an Boden. Die Bewegung findet unter den gebildeten Kreisen wenig Anklang, desto mehr aber unter den Schülern und der breiten Volksmasse. Die Gebrüder Ali, ebenso wie Ghandi, haben zur Verweigerung der Zusammenarbeit mit den Engländern aufgefordert. Die Gebrüder Ali predigen unter den Mohammedanern und halten begeisterte Reden in den Moscheen.

Republik Deutschland

Die weiße Schmach.

Skandalöse Behandlung der in Deutschland internierten Rotarmisten.

Aus der Fülle des uns zugehenden Materials über die skandalösen Zustände in den Internierten- und Kriegsgefangenenlagern veröffentlichen wir heute eine Reihe Einzelheiten, die zeigen, daß ein sofortiges Eingreifen notwendig ist, wenn nicht unsere Genossen weiterhin den brutalsten Mißhandlungen, der Hungersnot, ja sogar der Lebensgefahr ausgesetzt sein sollen.

Unter anderem wird uns mitgeteilt:

Am 17. Dezember erschienen im Lager Hauzen in Begleitung einiger bewaffneter Wachmannschaften ein deutscher Leutnant und beschlagnahmte unter Vorhaltung eines Revolvers die Kasse des Lagerkommandanten. Der Betrag der Kasse bestand aus Wochenbeiträgen der Gefangenen, die im Lager oder auswärts in Arbeit standen, von je 1 Mark. Die Beiträge wurden auf Befehl einer Generalversammlung der Kriegsgefangenen zur Unterstützung mehrerer in großer Not befindlichen Gefangenen und zur Unterhaltung der Lagerschule eingezogen.

Im Lager Havelberg wurde eine Durchsuchung der Lagerbibliothek der Internierten ausgeführt, wobei 17 Bücher beschlagnahmt worden sind, unter anderem einige deutsche sozialistische Schriften, da nach Meinung der Lagerdirektion diese die Ruhe in der Stadt Havelberg stören könnten.

Im gleichen Lager werden die Internierten mit Stöcken und Gewehrkolben geschlagen.

In einem Falle wurde ein Internierter so geschlagen, daß der Gewehrkolben zerbrach. Im Arresthaus sitzen internierte Rotarmisten ohne Angabe jeglichen Grundes.

Bei Ueberführung der Internierten aus dem Lager Havelberg nach dem Lager Croffen ereignete sich ein Eisenbahnunglück, bei welchem acht internierte Rotarmisten verunglückt sind; vier von ihnen sind nach dem Lazarett Havelberg und vier nach Wittberg gebracht worden.

Nach einem Befehl vom Heeresabwärtungsamt Bayern Nr. 108 589 vom 5. 11. 20 ist im Lazarett jeglicher Aus- gang für Lazarettkranke Russen strengstens verboten. Selbst die deutschen Ärzte haben hiergegen Protest eingelegt.

Im Lager Königsmoor gibt es überhaupt keine Beleuchtung.

Die Nahrung ist in den meisten Lagern ungenügend und schlecht; besonders viel werden Mohrrüben und Kraut ausgegeben, in manchen Lagern Salzbohnen und Bohnenmehl, die für die Internierten gar nicht genießbar sind, wodurch die Zahl der Darm- und Magenkranken immer mehr zunimmt, die Blutarmut nimmt zu und das Aussehen der Internierten ist apathisch und herabgekommen.

Besonders zu erwähnen ist das Lager Erlangen, wo die Nahrungsmittel zum größten Teil verfault ausgegeben werden. In diesem Lager sind eine große Anzahl von Ausschlägen an Gesicht und Weinen durch den deutschen Lazarettarzt festgestellt worden.

Im Lager Ahlen, Falkenberger Moor, verfehte ein deutscher Arzt dem internierten Kommandeur Pawlow einen Schlag. Es ist bekannt, daß dieser Arzt Kranke für geringfügigster Ungehorsam nach ihrer Genesung in Arrest setzen läßt.

Für die Injizierung der bekannten Fluchtversuche hat das Heeresabwärtungsamt am 22. 11. folgende Gebrauchsanweisung gegeben:

Für russische Interniertenlager, in welchen aus sanitären Gründen die Quarantäne ausgesprochen wird, ist grundsätzlich die verschärfte Lagerperre zu verhängen.

Alle Genossen, die über irgendwelche Einzelheiten der Schießerei am Schloßplatz aus eigener Wahrnehmung unterrichtet sind, werden dringend gebeten, sich sofort in der Redaktion der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ zu melden.

Des ferneren ist den Internierten durch Aushang und eingehende Belehrung zur Kenntnis zu geben, daß außer bei der verschärfsten Lagerperre die Wachmannschaften berechtigt sind, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen und zwar

1. wenn Internierte sich zusammenrotten und mit vereinten Kräften einen Ausbruch unternehmen;
2. wenn Internierte mit eintretender Dunkelheit (von 5 Uhr nachmittags bis 7 Uhr morgens) entweichen oder zu entweichen versuchen, weil sie dadurch in erheblichem Maße die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährden;
3. wenn ein Internierter sich der Ergreifung bei Versuch der Flucht tätlich oder durch gefährliche Drohungen widersetzt oder auf wiederholte Aufforderung oder nach vergeblichem Anruf von dem Fluchtversuch nicht abläßt. Der Erfolg hat nicht lange auf sich warten lassen.

Im Laufe der letzten Woche wurde in den Interniertenlagern Hameln, Minden, Barchin und Havelberg je ein Rotarmist ermordet oder, wie der deutsche militärische Ausbruch lautet, „beim Fluchtversuch erschossen“.

Christlich-nationale Ernährungsaboteure.

Die „Sozialistische Republik“ in Karlsruhe ist in der Lage, eine Bescheinigung eines badischen Bezirksamtes zu veröffentlichen, durch die einem Bauern 24 Zentner selbstgebaute Kartoffeln zur Verarbeitung in seiner landwirtschaftlichen Brennerei freigegeben werden. Es gibt in Baden circa 40 000 Bauern, die eine kleine Brennerei haben. Wenn jedem nur das oben erwähnte Quantum freigegeben wird, so kann man sich leicht ausrechnen, welches Quantum Kartoffeln der menschlichen Ernährung entzogen wird, um in Form von Schnaps zu Wucherpreisen abgesetzt zu werden.

Was geht wohl nicht fehl, wenn man die mangelhafte Kartoffelverarbeitung mit der Schnapsbrennerei in Zusammenhang bringt, denn neben dem freigegebenen Quantum Kartoffeln werden die Bauern auch ihr Quantum Kartoffeln „schwarz“ brennen. Der Schnapsverkauf bringt ihnen höheren Gewinn als der Kartoffelverkauf. Auch der hohe Obstpreis, der dieses Jahr von den badischen Züchtern gefordert wurde, hängt damit zusammen, indem bei Preisforderungen für rohes

Obst der Preis zugrunde gelegt wurde, den die badischen Züchter erzielt hätten, wenn sie das Obst zu Obstbrandwein verarbeitet hätten.

II.

Die deutschen Agrarier, die während des Krieges enorme Wucherprofite realisiert haben, vertrieben trotz der Notlage der Bevölkerung Getreide ins Ausland. „Dena“ meldet aus Tilsit:

Wie das Grenzpolizeikommissariat meldet, sind in mehreren Orten an der polnisch-schlesischen Grenze polnische Agenten eingetroffen, die den Ankauf von Getreide in Deutschland und den Schmuggel über die Grenze nach Polen organisieren sollen. Nach Aussagen eines Agenten soll die Tätigkeit an der ganzen Ostgrenze Schpreußens entfaltet werden. In der Hauptsache dürfe es sich um Getreide handeln, das in kleinen Mengen an den verschiedenen Stellen über die Grenze geschmuggelt wird. Den Händlern, die den Ankauf in Deutschland übernehmen wollen, werden Ausweise ausgestellt, die das eingeschmuggelte Getreide von der Beschlagnahme durch die polnischen Grenzbehörden schützen sollen. Diese Ausweise sind von dem Starosten von Suwalki ausgestellt. Die preussische Regierung hat infolgedessen die Polizeivergane angewiesen, dem Getreideschmuggel der polnischen Kaufleute ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen und jeden Schmuggler festzunehmen.

In Ostpreußen sitzen die deutschnationalen Agrarier. Von ihnen kaufen die polnischen Schmuggler Getreide, um es zu verschleiben. Wenn sie in Berlin in ihren Stammlökalen das durch Schiebung und Wucher verdiente Vermögen verprassen, heucheln sie Mitleid mit den Proletariatskindern, die sie systematisch aushungern.

Eine neue Heldentat der deutschen Justiz.

Am 17. Oktober 1918 hatte der Vizeadmiral Josp per den Bootsmannmaat Neubert in Wilhelmshaven wie einen tollen Hund niedergeknallt, weil er ihn nicht militärisch gegrüßt hatte. Als diese elende Mordtat nach der Revolution bekannt wurde und überall Empörung hervorrief, suchte der iapere Vizeadmiral das Weiße. Er tauchte erst wieder auf, als für seinesgleichen wieder „gute Zeiten“ gekommen waren. Jetzt wird nun bekannt, daß der Vizeadmiral Josperr längst durch Kriegsgerichtliches Urteil rechtskräftig freigesprochen wurde. Neubert habe sich einem Befehl, dem Admiral auf die Kommandantur zu folgen, „durch die Flucht“ zu entziehen gesucht. Das Kriegsgericht hatte, wohl aus berechtigter Scham dieses Schandurteils bisher der Öffentlichkeit zu verschweigen gesucht. Die Frau des Erschossenen wurde unter den Einwirkungen des Nordes irrsinnig und ist seit Jahren in einer Schleswiger Irrenanstalt untergebracht. Ihre beiden Kinder befanden sich bis heute in einem Asyl für „verwaiste Kinder“. Aber Herr Vizeadmiral Josperr geht es gut!

Rücktritt des Betriebsrats der Reichsdruckerei.

Zwischen der Direktion und dem Betriebsrat der Reichsdruckerei ist es zu Zwistigkeiten gekommen, in deren Verlauf der Betriebsrat zurückgetreten ist. Als Hauptursache führt der Betriebsrat in einem uns überhändigten Flugblatt eine Bekanntmachung der Direktion an, die anlässlich des 9. November ergangen und in der gesagt war, daß die Direktion den Schutz der Streikbrecher gegen „Verlästigungen“ mit allen Mitteln durchführen würde. Außerdem beschwerten sich die Arbeiter und Angestellten der Reichsdruckerei, in der bekanntlich Tag und Nacht die papierene Betrugschneise des bankrotten Staates fabriziert werden, über die arbeiterfeindliche Geheimratswirtschaft.

5. ordentlicher Reichstoungref der Kommunistischen Jugend Deutschlands

vom 28.—30. Dezember 1920
in Berlin, Sophienstraße, Sophienstr. 17—18.
Tagesordnung:

1. Politische Lage.
2. Jugend und Partei.
3. Gegnerische Jugendbewegungen.
4. Unsere zukünftige Arbeit.
5. Programm und Richtlinien. Sagenungen.
6. Landagitation.
7. Arbeitergruppen.
8. Bericht der Jugendinternationale.
9. Bericht der Zentrale.
10. Anträge.
11. Wahlen.
12. Verschiedenes.

Stadtheater.
Mittwoch nachm. 8 Uhr:
Der Großadmiral.
Abends 7 Uhr:
Was ist König war?

Johann-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Struwwelpeter.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Belshazzars Gastmahl.

Thalia-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Postkammer.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Glaube und Heimat.

Schauspielhaus.
Opernhaus 8 1/2 Uhr:
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der letzte Kaiser.
Sonntag 8 1/2 Uhr:
Der alte Bauer.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Landesherren.

Licht-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Waise.
und der große
Waisenschatz.

Uppel.
verkauft od. repariert
Fähr, Paradenstr. 6

Sechstagerrennen

in der Jahrhunderthalle
— 26. Dezember 1920 bis 1. Januar 1921. —
Preise auf den Plakaten an den Anschlag-
stellen.
Mittwoch, den 29. Dezember und
Donnerstag, den 30. Dezember:
2 volkstümliche Tage
mit halben Eintrittspreisen.

Ober-Bayern

Gartenstr. 66
Täglich
ein wirkliches
Oberländer
Haus, Bier, Musik, Tanz.

Wäbel
Hil. 49. Koff. erst Letzt.
P. Dawid,
Gartenstr. 66, Tel. 1.
Eingang Reichsstr.

**St. Hubertus-
Salle**
Friedrich-Wilhelm-Str. 22
Mittwoch
und Sonntag
groß. öffentl. Tanz
Vorname Musik
worauf er einladet
Richard Engel
mit Frau.

Wir verkaufen
so lange Vorrat reicht
weit unter dem
Einlaufpreis
1 versch. im. Schenk 2 Stk.
2 versch. im. Schenk 2 Stk.
2 versch. im. Schenk 2 Stk.
komplett mit Musikmar-
nach 3 Stk. Schenkmar.
1 versch. im. Schenk mit
4 versch. im. Schenk
7 versch. im. Schenk für nur
M. 2600

Kreuzschmar & Co.
Wäbelfabrik
Berlinschloßstr. 107.
Baden.

+ Frauen +

Wenn alles verfaßt, dann
nehmen Sie bei
Periodenstörung
und Unregelmäßigkeiten
meine tauschfähig bewährte
Präparate.

Preis M. 17.— u. 25.—.
Viele freie. Dankschreib.
Ferner empfehle:
Gummwaren
für Damen und Herren,
Erschließung, Irrigatoren,
Reiz- u. Menstruierbän-
der.
Katalog gegen Einsendung
von M. 1.—.

Frau A. Gebauer
Breiten 6. Nr.
Deutzer Straße 1, 11.
Ede Friedr.-Str. 36.

Sieben erschienen ist:
„Das freie Land“
Kommunistischer Bauernkalender für das Jahr 1921
96 Seiten Groß-Druck mit farbigem Umschlag,
Kunstbeilage, zahlreichen Illustrationen und einem Be-
lender. Preis 4 Mk. Franke Verlag, G. m. b. H.
Leipzig, Reuzstr. 3b.
Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor:
deutsche Revolution und die Weltlage. Die Landarbeit
und die Revolution. Die kommunistische Internationale
und die Bauern. Leitfäden zur Agrarfrage. Die Arbeit
bauern und Landarbeiter in Sowjetrußland. Der
Schrecken in Mecklenburg. Der Kommunismus und
Frauen. Der Kommunismus und die Religion.
dem großen Bauernkrieg. Landwirtschaft und So-
zialer Kampf. Friedrich Engels. Die Welt
Ferner enthält der Kalender eine Reihe guter Erzählun-
gen und lustiger Schwänze. Einen Trächtigt-
und Bräutlerkalender, Post- und Telegrammentarif usw.
Bestellungen nehmen entgegen sämtliche kom-
munistischen Buchhandlungen und Sekretariate.

Sieben Genossen ist das **Zigarettenhaus „Mitteln“**
unbekannt und lade ich
hiermit jeden Genossen zum Einlauf seiner Rauchwaren
Empfehle **Prima Zigaretten** von 60 St. an,
Zigaretten von 15 St. an ohne Zigarettenstängel,
Wang-, Kan- u. Schnupftabak, Pfeifen, Spiel-
Zigarettenhaus Alsterstr. 59 (Bitte auf Nr. 59)

Der gute HENNIG-CREME
in bester Qualität erhältlich in den
einschlägigen Geschäften und bei
H. Hennig, Waterbleiche 5/6.

Arbeiter! Erwerbslose! Beamte!

Tiefe Trauer erfüllt uns alle über das Proletarierblut, das die Bourgeoisie am 27. Dezember freventlich vergossen hat. Das war die Weihnachtsfeier, die uns der Klassenfeind zugebracht hatte. Die Schmach breunt uns im Antlitz!

Heraus zum Protest! — Keiner fehle!

Zeigt Eure Solidarität und Eure Entschlossenheit, gegen solche Anschläge wider Euer Leben vorzugehen. Erscheint in Massen zu den öffentlichen

Protest-Versammlungen, Donnerstag, den 30. Dezember, im Zentral-Saal, Westendstr. 50/52 und Ballsaal Sanssouci, Mehlgasse 11, um 7 Uhr abends.

Laßt Euch nicht provozieren! Haltet revolutionäre Disziplin!

W. R. P. D.

Der Verschmelzungsparteitag der Kommunisten.

4. Tag. Berlin, den 8. Dezember 1920.

(Fortsetzung.)

Die 5 1/2 Millionen neuer Gewerkschaftsmitglieder bilden eine Gefahr für die Klassen der Gewerkschaften bei Lohnkämpfen, und sie tragen dazu bei, den Widerstand der Gewerkschaftsbürokratie gegen jeden ernstesten Kampf zu erhöhen. Schon vor einem halben Jahre hat der Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes in einem Geheimschreiben vor Konflikten gewarnt. Wohin das führt, haben wir bei dem Streik der Buchhändler gesehen, der eine so besondere Bedeutung hatte, weil er um die Kontrollrechte der Arbeiter im Betriebsrat und der keine Unterstützung bei der Gewerkschaftsbürokratie gefunden hat. Ebenso ging der elf Wochen dauernde Streik der Schweinfurter Metallarbeiter und der Werftarbeiter in Kiel und Hamburg verloren. Wir müssen auf Grund dieser Erfahrungen den Gewerkschaftsmitgliedern zeigen, daß heute selbst ein reiner Lohnkampf auf lokaler Grundlage und auch bei bezirkswieser Durchführung nicht zum Siege führen kann. Der Hauptvorstand wäre verpflichtet, für die gesamte Arbeiterschaft des Industriezweiges über ganz Deutschland hinweg den Kampf zum Ausdruck zu bringen. Die Gewerkschaftsbürokratie fürchtet dies, weil dadurch der Machtkampf aufgerollt werden könnte. Sie schlagen lieber den Weg der Verhandlungen ein. Und gerade in dieser Woche verhandelt der Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes mit den Metallindustriellen sogar, um die Rechte der Arbeiterschaft in der Kontrolle der Produktion zu regeln. (Gelächter.) Obwohl man ganz genau weiß, daß praktische Ergebnisse hierbei nicht herauskommen können, verhandelt man, um die revolutionäre Bewegung zu brechen. Wir müssen den Gewerkschaftsmitgliedern darüber reinen Wein einschenken.

Der A. D. G. B. gibt jetzt Richtlinien über die Betriebsräte heraus, in denen immer wieder den Betriebsräten jede politische Betätigung untersagt wird. Wir haben darum ganz besonders die Pflicht, den Gewerkschaftsmitgliedern die innige Verknüpfung politischer und wirtschaftlicher Fragen klarzumachen. Es hat keinen Sinn, nur von den vergangenen Sünden und von der Kriegspolitik der rechtssozialistischen Gewerkschaftsbürokratie zu sprechen. Damit setzen wir nur diejenigen Arbeiter ab, die damals diese Politik mitgemacht haben. Wenn wir aber im Tageskampf den Arbeitern zeigen, daß sie heute und überall an den wirtschaftlichen Folgen des Krieges leiden, dann werden sie den Leugnissen die Gefolgschaft verweigern. Die Richtlinien geben uns den Anhalt dafür, wie wir die Fragen dieser Arbeiter, nach dem, was wir wollen, zu beantworten haben. Gegenüber den Einwänden der Rechtssozialisten und Unabhängigen gegen die kommunistische Gewerkschaftspolitik verweist Aufsch darauf, daß gerade die Richtlinien wieder mit aller Deutlichkeit zeigen, daß es uns um alles andere geht, als die Zerstörung der Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsbürokratie wird versuchen, uns zu provozieren, um einen Vorwand für den Ausschluß der Kommunisten zu erhalten. So macht man es in Halle in diesen Tagen, wo die Gewerkschaftsbürokratie keine Mitgliederversammlungen mehr einberuft. Wenn unsere Genossen in Halle die Beiträge sperren würden, könnte man sie aus der Gewerkschaft hinauswerfen. Ich warne davor, auf derartige Provokationen hereinzufallen. Wir haben die Pflicht, auch auf organisatorischem Gebiet schnellstens zu arbeiten. In jedem Betriebe, in jeder Instanz müssen die Kommunisten Fraktionen bilden. Die Fraktionsbildung muß auch im Rahmen der Berufsgruppen und der Industriezweige erfolgen. Dadurch würde ein Netz unserer Gewerkschaftsmitglieder über das ganze Reich entstehen, das den Absichten der rechtssozialistischen und rechtsunabhängigen Gewerkschaftsbürokratie ein Paroli entgegenzusetzen würde. Wir haben die Pflicht, nach unseren Leitlinien zu arbeiten und darüber hinaus schnell zu arbeiten, damit die Absichten der Gewerkschaftsbürokratie vereitelt werden können. (Beifall.)

Der A. D. G. B. wendet sich gegen die im Paragraphen 12 der Leitlinie vorgesehene Zellenbildung. Er glaube, daß die kommunistische Zelle unsere Arbeit in keineswegs beträchtlichem Umfange erleichtern könne. Jeder Kommunist, der zu unserer Partei gehört, wird als Kommunist handeln auch ohne die Zellenbildung. Dagegen erschwert uns die Zellenbildung dadurch die Arbeit, daß die Arbeiter, die sich in der Gefolgschaft der A. D. G. B. und U. S. P. befinden, in uns nicht mehr die Gewerkschaftler sehen, sondern nur die Parteimitglieder. Wir müssen aber gerade in der wichtigsten Gewerkschaftspolitik den Arbeitern zeigen, daß wir auch für ihre Interessen eintreten. Der Redner glaubt,

daß wir in Deutschland schon über die Zellenbildung hinaus sind, die von dem Moskauer Kongreß gefordert wurde. Auch ohne Zellenbildung könne und werde kommunistische Gewerkschaftspolitik geführt werden.

Neumann-Berlin wendet sich gegen die Ausführungen des Redners, dem er entgegenhält, daß der Kommunismus sich nicht als Schleichhandelsware einführen lasse. Die Unterlassung der Zellenbildung wird uns vor den Ausschlußversuchen nicht schützen. Die Kontrolle der gewählten Angeordneten müsse unbedingt durchgeführt werden, denn wir haben die traurige Erfahrung hinter uns, daß die Leute, die wir als Revolutionäre zu Funktionären machten, nach ihrer Wahl die gleiche Politik einschlugen wie die Legiene. Wir müssen die Betriebsräte aus ihrer Lethargie herausziehen. Die Betriebsräte müssen angehalten werden, legal oder illegal die Betriebsverhältnisse und alles was damit zusammenhängt, herauszubekommen und auch so praktisch an die Bewirklichung der Produktionskontrolle zu gehen. Was das Verbot der politischen Betätigung der Betriebsräte anbetreffe, so sei dadurch schon jetzt die weitere Arbeit der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentralen, wie z. B. in Magdeburg, in Frage gestellt. Wo selbständige Betriebsräteorganisationen bestehen, da müssen sie auch bestehen bleiben. Wir müssen aber den Betriebsräten sagen, daß sie gleichzeitig in der gewerkschaftlichen Betriebsräteorganisation arbeiten und versuchen müssen, auch dort die Führung zu erringen. Wenn wir unseren Leitlinien gemäß in den Gewerkschaften und den Betriebsräten arbeiten, wird das Geschrei der A. D. G. B. und U. S. P. wirkungslos verhallen.

Fig-Neuß wünscht Auskunft darüber, was geschehen solle, wenn die besten Elemente aus den Gewerkschaften auszutreten wünschen. Es besteht dann nicht die Möglichkeit mehr, die Gewerkschaften zu erobern. Wenn die große Masse der revolutionären Arbeiter nicht länger in den Gewerkschaften bleibt, dann hat es auch keinen Sinn, daß wir länger dort kämpfen.

Lieske-Berlin bemängelt, daß in den Gewerkschaften zu viel „Taktik-Politik“ getrieben werde. Man dürfe sich nicht auf diejenigen Gewerkschaftsmitglieder stützen, die zu den Nur-Vererägerten gehören. Der Redner schließt sich den Ausführungen Neumanns in der Frage der Zellenbildung an. Vor dem Ausschluß aus den Gewerkschaften dürfen wir uns nicht hängen lassen. Keineswegs dürfe der Kampf um die Eroberung von Posten geführt werden. Wenn die Vorstände eine arbeitseigenständige Politik treiben, so kann es uns auch wenig nützen, wenn wir in einzelnen Orten die Verwaltung in unseren Händen haben.

Schönkant verweist auf die Zustände der Bergarbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, wo drei große Bergarbeiterorganisationen, der alte Bergarbeiterverband, die Helfenkirchener Allgemeine Arbeiter-Union und die Syndikalistische Union gegeneinander im Kampfe liegen. Wie berechtigt auch der Haß unserer Genossen in den Unionen gegen die Bürokratie des alten Verbandes sein mag, so muß doch der Parteitag mit seiner Autorität darauf drängen, daß ein einheitlicher Kampf möglich wird. Die Genossen in der Allgemeinen Arbeiter-Union und die Opposition im alten Verband, die sich jetzt schon kräftig zu regen beginnt, müssen zunächst gemeinsam arbeiten. Allerdings können wir den Genossen in den Unionen nicht den Austritt empfehlen, sondern der Parteitag muß den Grundlag aufstellen, daß jeder dort zu bleiben hat, wo er sich heute befindet, bis beide Organisationen verschmolzen sind. — Wenn wir in der Kleinarbeit unseren Mann stehen, dann werden wir das Vertrauen der Massen gewinnen. Auch dort, wo die Sozialdemokraten und Unabhängigen eine „Lösung“ einzelner brennender Nöte erstreben, dürfen wir nicht beiseite stehen, sondern wir müssen mitleidig aufzeigen, daß sie keine Politik zu treiben imstande sind, die im Interesse der Arbeiter liegt.

Infolge eines vorangegangenen Beschlusses des Parteitages wird hierauf die Debatte abgebrochen und Genosse Brandler erhält das

Schlusswort:

Die Haltung der Zentrale der A. P. D. zur Unionsbildung ist mißverstanden worden. Als nach den Kämpfen im Ruhrrevier um die Sozialisierung die Gewerkschaftsbürokratie die weißen Garden auf die Bergarbeiter hefte, war in den Kreisen der Bergarbeiter die Stimmung für den Zusammenschluß aller Bergarbeiter, die damals gleichfalls in mehrere nationale und konfessionelle Verbände zersplittert waren, in einer einzigen großen Organisation. Einer solchen Stimmung konnten wir uns nicht widerlegen und wir haben darum die Gründung der Allgemeinen Arbeiter-Union unterstützt. Nach Überwindung der Kämpfe kam es allerdings so, daß auch die Union nicht alle

Bergarbeiter, sondern nur Splitter aus den früheren Verbänden zusammengeschlossen wurden. Wenn wir die Unionsbildung unterstützen, solange sie einen Zusammenschluß bedeutete, so müssen wir es heute ablehnen, Unionen zu bilden, die nur Trümmer der Gewerkschaften sind. Ein Kommunist darf ebenso wenig, wie er vor den Weißgardisten davonläuft, vor den Gewerkschaftsbürokraten davonlaufen. Für uns besteht die Union nur noch in der Bergarbeiterbewegung. Die Helfenkirchener Union hat angeblich 70 000 Mitglieder. Es ist selbstverständlich, daß wir bei einer solchen Organisation nicht den Einzelaustritt propagieren können. Aber in den kommenden Kämpfen muß der feste Zusammenschluß aller Bergarbeiter, wie er nach dem Sozialisierungskampfe versucht worden ist, durchgeführt werden. Ob das durch den geschlossenen Eintritt der Unionsmitglieder in den Bergarbeiterverband, oder ob die anderen in die Union eintreten, läßt sich natürlich vorher nicht festlegen. Die Richtung unserer Arbeit aber muß sein die geschlossene Einheitsorganisation aller Bergarbeiter. Die Kommunisten, die in der Helfenkirchener Union sind, müssen gleichfalls diese Politik treiben. Ich glaube, daß mir der ganze Parteitag hier zustimmt.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches.

Die Tagesfragen der Gewerkschaftsbewegung.

Von Rich. Müller.

(12. Fortsetzung.)

8. Die Gewerkschaften im politischen Kampf.

Bei den großen politischen Kämpfen der Jahre 1918 und 1919 verhielten sich die Gewerkschaften offiziell neutral. Der Einfluß und das Wirken der Gewerkschaftsbürokratie konnte allerdings niemandem verborgen bleiben. Immerhin, als Gewerkschaftsführer nahmen sie an den Kämpfen nicht teil.

Im Märzkampf 1920 griffen die Gewerkschaftsführer, die Spitzenorganisationen, der A. D. G. B. und die Afa, aktiv in den politischen Kampf ein. Diese Körperschaften versuchten sogar die Führung dieses politischen Kampfes zu übernehmen. Sie verhandelten mit der Regierung, stellten politische Forderungen auf, die bekannten 8 Punkte, von denen keiner erfüllt worden ist. Diese Spitzenorganisationen gaben die Parole zum Abbruch des Kampfes, als sie ihr Ziel erreicht glaubten.

Und welches Ziel hatten sie sich in diesem politischen Kampfe gestellt?

Ihr Ziel war die Rettung der demokratischen Republik. Das ist gleichbedeutend mit der Rettung des kapitalistischen Staates, der Bourgeoisie!

Wir wollen hier nicht untersuchen, ob durch das Eingreifen des A. D. G. B. und der Afa in den politischen Märzkampf dieser Kampf der Arbeiterklasse so schwere Niederlagen bringen mußte. Wir glauben, das ließe sich leicht nachweisen. Wir wollen nur das politische Ziel im Auge behalten, das sich die Gewerkschaftsführer beim Eingreifen in diesen Kampf gestellt hatten. Da steht zweifelsfrei fest und wird auch nicht bestritten, daß dieses Ziel die Erhaltung der demokratischen Republik und damit der Bourgeoisie war.

Was folgt daraus?

Als sich die Gewerkschaften im politischen Kampfe aktiv und offiziell betätigten, wurden sie zur Stütze der Bourgeoisie. Sie wirkten nicht revolutionär, sondern konterrevolutionär!

9. Die Gewerkschaftsbürokratie — das letzte Bollwerk der Bourgeoisie.

Wenn wir sagen: die Gewerkschaften stützen die Bourgeoisie; wenn wir sagen: die Politik der Gewerkschaften ist konterrevolutionär, dann heißt die ganze Gewerkschaftsbürokratie auf. Wir wollen aber betonen, daß wir nicht die Gewerkschaftsmitglieder als Stützen der Bourgeoisie bezeichnen; dann wären wir es ja selbst, denn auch wir sind gewerkschaftlich organisiert. Dieser Vorwurf trifft also nicht die Gewerkschaftsmitglieder. Wir wissen, daß Tausende unserer Gewerkschaftsmitglieder stets an erster Stelle im revolutionären Ringen standen. Der Vorwurf trifft die Politik der Gewerkschaften, er trifft diejenigen, die diese Politik betreiben, die Gewerkschaftsbürokratie. Und was ist von der Politik eines Legiene, der Disziplin, der Disziplin, der Disziplin, die Gewerkschaftsbürokratie, die Politik, die Politik, deren gemeinsames Ziel...

Wir haben gesehen, daß im politischen Kampf die Gewerkschaftsbürokratie, die Legien und Dismann, durch ihr Kampfmittel die Bourgeoisie rühten. Das trat offen in Erscheinung im März 1920. Weit stärker tritt jedoch die Unterdrückung der Bourgeoisie durch die Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete hervor, auf dem sie seit Jahren geübt worden ist.

(Fortsetzung folgt)

Gegen die Gewerkschaftspalter.

Der Ausschuss des A. D. G. B. hat seine 26. Tagung abgehalten, auf der die Gewerkschaftsbürokratie ihren revolutionären Charakter dadurch zu beweisen suchte, daß sie sämtliche Reserate ihrer unabhängigen Kanone Dismann übertrug. Der Zweck dieses Manövers zeigte sich bei dem letzten Punkt der Tagesordnung, zu dem man eine Resolution annahm, die offen auf den Ausschluß der Opposition, auf die Spaltung der Gewerkschaften hinarbeitete. Die Dismänner bedürfen nicht nur, sie begehen gemeinsam mit den Legienleuten schändlichen Verrat, als niemals die Roske-Sozialisten ihn begangen haben. Die entworfenen Sätze der angenommenen Resolution lauten:

Da die von Moskau anempfohlenen Tendenzen in hohem Maße die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung gefährden, die Arbeiterschaft in ihrer Schlagkraft lähmen, Verwirrung und Zersplitterung nach sich ziehen, so erklärt der Ausschuss des A. D. G. B. es als unabwiesbare Pflicht der Verbände, diese gefährlichen Bestrebungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Mitglieder, die als einzelne oder in Verbindung mit anderen, die heute mehr denn je notwendige Einheit der Gewerkschaften schwächen, schädigen deren Position gegenüber dem Kapital, verstoßen daraus gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze und stellen sich außerhalb des Rahmens der Verbände. Die Konsequenzen aus einem solchen Verhalten ergeben sich damit von selbst.

Damit kündigen die rechtssozialistischen und unabhängigen Gewerkschaftsführer unerbittlich an, daß sie, um die ihnen heute noch folgenden Gewerkschaftsmitglieder von den Kommunisten zu isolieren, vom revolutionären Kampf fernzuhalten, bereit sind, die größten Kampforganisationen des Proletariats zu zersplittern. Heute, da die Arbeiter, vom nackten Elend gedrängt, der rücksichtslosesten Unternehmerwillkür gegenüber stehen, vor schmerzlichen wirtschaftlichen Kämpfen sich befinden, ist dieses Vorgehen ein geradezu ungeheuerliches Verbrechen am gesamten deutschen Proletariat. Daß die Legien-Dismann ihr konterrevolutionäres Verbrechen einer Gewerkschaftspaltung bemänteln wollen mit dem alten Schwindel, die Kommunisten zerstört die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung, beweist nur, wie ein ungeheures Maß von Dummheit in den Arbeiterköpfen diese Arbeiterführer in ihre politische Rechnung einstellen.

Sie irren sich. Zu große Teile des deutschen Proletariats haben bereits erkannt, daß die Kommunisten es sind, die in Wahrheit die Interessen der Arbeiterschaft vertreten. Die Forderungen der Stuttgarter Metallarbeiter, die allenthalben in den Gewerkschaften Widerhall finden, zeigen den Weg, auf dem allein die Gewerkschaften die Lebensbedingungen des Proletariats erträglich gestalten, ihre erste gewerkschaftliche Aufgabe erfüllen können: Den Weg zur Tat, den Weg des revolutionären Kampfes.

Die Kommunisten werden ihre Arbeit in den Gewerkschaften fortsetzen, allen Wagenschaften der Bürokratie zum Trotz. Sie wissen, daß sie wahre Vertreter der Interessen aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind. Sie werden kämpfen gegen die Spaltung der Gewerkschaften durch die Legien-Dismann, für den ernsthaften Kampf der gesamten Arbeiterschaft um die proletarische Existenz!

Kapitalistische Wirtschaft.

Deutschlands wirtschaftliche Lage im November.

(Schluß)

Ausgehend von der um diese Jahreszeit stärkeren Belebung des Handels war auch die Lage der chemischen Industrie verhältnismäßig günstig. Die Nachfrage des Inlands nach Chemikalien und Drogen war lebhaft. Dagegen nahm auch die Nachfrage von Seiten des Auslands gegenüber den Germanen zu; sie war allerdings entsprechend den starken Schwankungen der deutschen Valuta gleichfalls bemerkenswerten Schwankungen unterworfen. In den Preisen für Chemikalien und Drogen traten keine nennenswerten Änderungen ein, mit Ausnahme derjenigen für Metallsalze, deren Preissteigerung auf das Fehlen der Markt zurückzuführen ist.

Im Buchhandel begegnete der im vergangenen Monat eingeführte, den örtlichen Bedürfnissen entsprechende Sortimentserweiterungszusatz lebhaftem Widerstand. Eine Herabsetzung der Verkaufspreise für Bücher trat auch im vergangenen Monat noch nicht ein, so daß die Preise für Druckpapiere und die Arbeitslöhne im Druckereigewerbe noch immer in steigender Linie bewegten. Zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden im vergangenen Monat in Berlin und Leipzig allgemeine verbindliche Sonderarbeitsverträge abgeschlossen, doch trat auch nach Abschluß dieser Tarifverträge eine wesentliche Herabsetzung auf dem Arbeitsmarkt im Buchhandel nicht ein. Die Verlagsstätigkeit nahm im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Weihnachtseffekt zu. Aus der Zahl der im „Deutschen Buchhandel“ veröffentlichten Kennzeichnungen geht hervor, daß ein zahlenmäßig die Verlagsstätigkeit gegen frühere Jahre eher geringeres als zurückgegangen ist. Das Auslandsgeschäft wickelt sich auf dem durch die Verlagsförderung für Auslandsverleger gewirkten Bahnen trotz mannigfacher Widerstände gegen die Verlagsförderung selbst ab. Informativereise der Verlagsmitglieder des Verbands der deutschen Buchhändler in das russische Ausland zum Zweck mühevoller Vorbereitung mit ausländischen Verlagsorganisationen über die Verhältnisse und Arbeitsbedingungen der Verlagsorganisationen führten zur Abfassung einzelner Sonderverträge über die Möglichkeit der Verlagsförderung für den Buchhandel in Russland.

Provinz.

Das Ankleben der Zettel geschieht in der bereits bekannt gegebenen Zeit.

Arbeiter der ganzen Provinz!

Die Schergen der Bourgeoisie haben unschuldiges Arbeiterblut vergossen. — Noch größeres Elend als bisher bedroht die Angehörigen des Gefallenen und der Verwundeten. Wenn wir nicht für sie sorgen, wird den Verwundeten die notwendige Pflege fehlen. Das dürfen wir nicht dulden.

Es ist unsere freudige Pflicht, uns der Opfer einer tiefsten Hilfsbereitschaft anzunehmen. Wir fordern Euch auf, sofort in allen Betrieben, bei allen Parteiveranstaltungen der nächsten Zeit Sammlungen für unseren Unterstützungsfonds zu veranstalten. Die Ergebnisse der Sammlungen sind zu senden an Gen. Bernhard Gruschwitz, Breslau 1, Mikolajstraße 49/50. Die überfandten Beträge werden in der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ ausgewiesen.

Dieser Aufruf muß in jedem Betrieb der ganzen Provinz an sichtbar Stelle angeschlagen werden.

B. R. B. D.

Die Bezirksverbandsleitung Schlesien.

Die neue Orgeß-Note.

Herr von Simons hat die erneute Aufforderung der Entente, die Selbstschutzorganisationen aufzulösen, mit einer neuen Note an den General Kolllet beantwortet, in der er dem Vorsitzenden des internationalen Ueberwachungsausschusses die Bitte an die alliierten Mächte ausdrückt, Deutschland seine Selbstschutzorganisationen zu lassen. Herr von Simons wiederholt die Lügen und die Tatsachen, die aus seinen bisherigen Noten bekannt sind. Die Lügen, daß die Orgeßbanden keinen militärischen Charakter trügen, in keiner Verbindung mit der Reichswehr stünden, daß sie über Militärwaffen nicht verfügten. Die Tatsachen, daß man Selbstschutzorganisationen braucht zum Kampfe gegen das deutsche Proletariat und Sowjetrußland, daß die kommunistische Gefahr für Deutschland leider noch nicht überwunden ist, daß „mit der wirtschaftlichen Not, die gegen Ende des Wirtschaftsjahres in besonders bedenklichem Grade zunimmt“, die Gefahr wachse, die zur Verfügung stehenden regulären Kräfte würden nicht ausreichen, um die unter Not und Elend zusammenbrechenden proletarischen Massen mit blauen Bohnen zu „füttern“.

Herr von Simons weiß, daß die von ihm angeführten Tatsachen auf die schließliche Entscheidung der Entente-Regierungen größeren Einfluß ausüben werden, als seine Lügen. Er gibt sich darum keine Mühe, in besonders geschickter Weise zu lügen und er scheut sich nicht, die Dinge in geradezu ungeheurer Weise auf den Kopf zu stellen. Herr von Simons appelliert wiederum an die Interessen der französischen Konterrevolution, die er mit den Interessen der deutschen Konterrevolution zu verknüpfen versucht. Diese Verknüpfung, die gleichbedeutend ist mit einer Unterwerfung Deutschlands unter die internationale Konterrevolution, ist der Inhalt seiner ganzen Politik und seiner Orgeß-Noten.

Herr Kolllet und seine Auftraggeber haben kein anderes Ziel. Wenn die Entente heute die Auflösung der Orgeß verlangt, so tut sie es ganz gewiß nicht, um das deutsche Proletariat von einem Feind zu befreien, sondern um ihren Bund mit der deutschen Konterrevolution auf möglichst günstiger Grundlage abzuschließen und ohne fürchten zu müssen, die Orgeß könne sich nach der Bekämpfung des Proletariats zu einer Gefahr auswachsen, für die französische Bourgeoisie.

Die deutsche Arbeiterschaft weiß, daß sie von den Bestimmungen der Orgeß in den Ententeländern nicht mehr zu erwarten hat, als von den deutschen Orgeßbanditen selber und ihrem Kolllet, dem Herrn Simons. Von dem Rollenpiel zwischen den Ententemächten und der deutschen Regierung über die Orgeß, wie sich auch die Fortsetzung abwickeln möge, hat das deutsche Proletariat alles andere als seine Befreiung von der bewaffneten deutschen Konterrevolution zu erwarten. Ohne sich um die Orgeß-Noten und die Stellung der Orgeß zur Entente zu kümmern, muß das deutsche Proletariat selbst daran gehen, die Orgeß zu entwaffnen und den proletarischen Selbstschutz zu errichten.

Aktion!

Anweisung 23 (Orgeßstellen e) L. öffentliche.

Die Hauptaufgaben, die die Wintermänner der Orgeß zugewiesen haben, sind 1. die Stärkung des Kooperationsgedankens, also die „geheime“ Vorbereitung des kommenden Krieges, 2. die Verdrängung der aggressiv konterrevolutionären Organisation und ihre Umkleidung und Finanzierung durch die mit der Organisationskommission sympathisierenden Schichten. In den letzten Monaten hat die Orgeß eine wesentliche innere Wandlung erfahren, die alle revolutionären Organisationen veranlassen sollte, ihre Kräfte mehr gegen die eigentlichen, als gegen die der Orgeß nachgebenden konterrevolutionären Schichten einzusetzen. Die Orgeß hat außerdem aus der revolutionären Bewegung abgewandert oder zumindest die Distanz gelassen, bei welcher bekannt, daß sie eine Reihe ihrer wichtigsten Parteifunktionen als Kolllet beibehalten und viele ihrer Eingangsarbeiten nicht wichtige Aufgaben der revolutionären Organisation erfüllen.

Jetzt haben wir uns gezwungen, eine völlige Umgestaltung der Orgeßstellen vorzunehmen und einziger oppositioneller Partei anzugehen, damit, weil seitens der Orgeß für uns Ueberwachungsarbeit nicht mehr ausführbar geworden ist und dazu, weil das bei den Behörden (und nichtstaatlichen Stellen) über uns verhängene Material Ueberwachungsarbeit nicht mehr ausführbar ist.

Wir ersuchen alle Genossen, die es angeht, das genau zu beachten und innerhalb der festgesetzten Termine ihre Aufgaben zu lösen.

Alle Stellen, die zurückgenommen werden, haben ihre Verbindungen sofort ganz zu lösen. Bei wichtigen und sehr verbreiteten erfolgt Anweisung durch das Parteivorgan, damit Irrtümer unter allen Umständen vermieden werden können. Bei einigen Veränderungen waren Gründe maßgebend, die im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung nicht erklärt werden konnten.

So sehen wir uns gezwungen, die Stelle des Genossen Hinge abzuschneiden und abzubauen und alle auf sie bezüglichen Ausweise für ungültig zu erklären. Um Mißverständnisse unmöglich zu machen, sei erwähnt, daß es dem Genossen Hinge vor vielen Monaten gelang, eine der Stützen der schlesischen Orgeß zu werden und mit den wichtigsten amtlichen und nichtamtlichen Dienststellen vorzügliche Beziehungen anzuknüpfen. Wir ersuchen, die mit der Zurücknahme des Genossen Hinge notwendigen Veränderungen außerordentlich sorgfältig zu beachten.

Abtlg. VII.

Vorfälle.

Breslau, den 29. Dezember 1920.

Bourgeoisifreunden — Proletariatselend.

Ein Blick in die Berliner Tageszeitungen zeigt uns die Welt, in der man sich nicht langweilt. Vor einigen Tagen wurde das Nelson-Theater eröffnet. Eintrittskarten zu 300 Mark wurden wochenlang vorher abgesetzt. Erste Weinlokale werfen tausende Mark für ein Inzerat heraus, das Geschäft macht sich bezahlt.

Die schlesischen Bäder und Kurorte Ruzmühl und Schreiberhau sind von Kriegsgewinnlern überfüllt. Woher erholen sich die Herrschaften? Unsere Pflicht ist es, diese Schmarotzer zur Arbeit und zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen. Zurzeit entruften sich diese Parasiten bei Wein, Tanz, Winterport immer noch über die „hohen“ Arbeitslöhne. Erst die Diktatur des Proletariats wird diesen heuchlerischen Faulenzern die Faust zeigen. Euer Elend, Arbeiter, ist der Boden für die Freuden der Kapitalisten und ihrer Hutmützen.

Dankfagung.

Frau Demnich bittet uns, all denen, die durch Weihnachtsspenden das Schicksal ihrer Kinder zu mildern suchten, an dieser Stelle ihren herzlichsten Dank auszusprechen.

Sport.

Madrennen in der Jahrhunderthalle.

(Bericht verspätet eingetroffen.)

Sehr spannend gestalteten sich die Rennen am ersten Feiertag. Das Hauptinteresse des Tages beanspruchte das 50-Kilometer-Rennen mit 2 Vorkäufen über je 20 Kilometer. Im ersten Vorkauf gelang es Krupat mit Saldom am Hinterrad dem Felde auszureißen und ehe sich das übrige Feld zur Verfolgung entschließen konnte, gelang es den Weiden unter dem stürmischen Beifall der Zuschauer eine Runde abzunehmen. In der 39. Runde gibt Krupat wegen Uebermüdung auf. Auch um die ausgelegten Prämien im 2. Vorkauf wurde hart gekämpft. Jedoch gelang es keinem der Fahrer das Feld zu überrunden. Den Endlauf gewann Lorenz sicher.

Die Resultate des Tages: Internationaler Flieger-Wettkampf, 4 Ränge à 6 Runden. 1. Lauf: 1. Lorenz 1:35,1 Min., 2. Rütt, 3. Stabe, 4. Sivocci (Stadion). 2. Lauf: 1. Lorenz 1:39,2 Min., 2. Rütt, 3. Stabe, 4. Sivocci. 3. Lauf: 1. Rütt 1:45 Min., 2. Lorenz (Defekt), 3. Sivocci, 4. Stabe. 4. Lauf: 1. Lorenz 1:35,4 Min., 2. Rütt, 3. Stabe, 4. Sivocci. — Gesamtergebnis: 1. Lorenz, 5 Punkte, 2. Rütt, 7 Punkte, 3. Stabe, 13 Punkte, 4. Sivocci, 15 Punkte. — Internationaler Länder-Wettkampf: Mannschafts-Verfolgungsrennen (2 Vorkäufe, 1 Endlauf). 1. Vorkauf: Rich. und U. Quiñle-Deutschland holen Sivocci und Volzoni-Italien in der 10. Runde ein. Zeit: 2:19,2 Min. 2. Vorkauf: Uberger-Thomas erreichen Mängner-Hoffmann in der 12. Runde. Zeit: 2:52,2 Minuten. — Endlauf: Hebr. puschte holen Thomas-Uberger in der 20. Runde ein. Zeit 5:22 Min.

Großer Weihnachtspreis über 50 Kilometer (2 Vorkäufe à 20 Kilometer, Endlauf 30 Kilometer). 1. Vorkauf: 1. Krupat 30:37 Min., 2. Saldom, 3. Stabe, 4. Hoffmann, 5. Padebusch, 6. Häuser. 2. Vorkauf: 1. Lorenz, 2. Stellbrink, 3. Uberger, 4. Herbst, 5. Schmal, 6. Wegmann. Endlauf: 1. Lorenz 50 Min., 2. Hoffmann 1/2 Länge, 3. Krupat 1/3 Länge, 4. Uberger 1/4 Länge, 5. Herbst 1/5 Länge. W. L.

Sechstages-Madrennen in der Jahrhunderthalle.

II.

Während der Vormittagstunden beruhigte sich das Feld, in der 9. Stunde wurden 311.560 Kilometer gefahren, in der 10. 340.630, in der 11. 369.020, in der 12. 393.840, in der 13. 406.520, in der 14. 419.850, in der 15. 443.070, in der 16. 476.290, in der 17. 505.020, in der 18. 522.870, in der 19. 556.750, in der 20. 588.150, in der 21. 618.020, in der 22. 650.830, in der 23. 682.110 und in der 24. 712.540 Kilometer. Zwischen der 16. bis 17. Stunde jezte der bekannte Ringkämpfer Karl Sajt eine Prämie von 100 Mark aus, die Viefomolen sicher gewann. In der 4078. Runde ereignete sich ein Sturz, in den Meier, Herbst und Volzoni verwickelt wurden, sich jedoch bald wieder im Felde befanden. Rütt

Mittwoch und Donnerstag sind billige Eintrittspreise, d. h. Tag und Nacht halbe Preise, um allen Sportfreunden den Besuch des Sechstages-Rennens zu ermöglichen.

untersuchen in der 4048. Runde einen Vorkauf, mußte denselben jedoch wegen Raddefekt aufgeben. In der 4138. Runde wiederholt Rütt seinen Vorkauf. Er gewinnt bereits über 1/4 Runde, doch Lorenz führt das Feld wieder heran. In der 26. Stunde wurden von dem Felde 745.010 Kilometer zurückgelegt, in der 26. 777.310, in der 27. 809.610, in der 28. 842.080, in der 29. 871.660, in der 30. 904.250, in der 31. 932.840, in der 32. 945.900 und in der 33. 958.140 Kilometer = 5637 Runden. Bei einem Vorkauf in der 4533. Runde stürzte Mängner leicht, in der 5443. Runde erlitt Mängner in der Kurve Rahmenbruch, über ihn weg hüpfen Damerer und Wegmann, letzterer leider so schwer, daß er das Rennen aufgeben mußte, sein Partner Herbst läßt als Ersatzmann weiter. Unter den 8 Paaren Mängner-Schubert, Meier-Zeliff und Sivocci-Volzoni, welche eine Runde zurück sind, ist das Feld noch geschlossen. W. L.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dagobert Schmitt; für Druck: Schilling & Meyer.